

## **DIV-01** Antrag DIV-01: „Plural nach vorne“

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 09.11.2017

### Plural nach vorne. Gesellschaftliche Vielfalt in unserer Partei fördern

#### 1 **Plural nach vorne. Gesellschaftliche Vielfalt in unserer Partei fördern**

2 Unsere Gesellschaft ist heute vielfältiger und bunter denn je. In einer  
3 Demokratie muss die aktive, sichtbare und gerechte Teilhabe aller möglich sein.  
4 Davon sind wir derzeit weit entfernt. Nur zu oft werden Menschen aufgrund des  
5 (zugeschriebenen) Migrationshintergrundes, ihres Namens, ihrer Religion, ihrer  
6 „Hautfarbe“, ihres Äußeren, ihrer sexuellen Orientierung und  
7 Geschlechtsidentität, ihres sozio-ökonomischen Hintergrundes, Alters oder ihrer  
8 Behinderung diskriminiert und/oder ausgeschlossen.

9 Diskriminierungen und Ausschlussmechanismen abzubauen, ist eine der zentralen  
10 Aufgaben bündnisgrüner Politik. Wer die Gesellschaft ändern will, muss bei sich  
11 selbst beginnen.

12 Als politische Partei tragen wir Grüne eine besondere Verantwortung dafür, dass  
13 sich die Vielfalt unserer Gesellschaft in unseren politischen Prozessen und  
14 Strukturen selbst widerspiegelt. Es ist uns ein besonderes Anliegen, allen  
15 Berliner\*innen gleichermaßen eine politische Teilhabe und speziell die  
16 Mitwirkung an parteipolitischer Arbeit zu ermöglichen und Barrieren abzubauen.  
17 Hierzu hat die AG Diversität ihre ersten Arbeitsergebnisse Anfang 2016 im LA  
18 vorgestellt und in den letzten Monaten weiterentwickelt.

19 Jetzt wollen wir uns auf den Weg machen, unsere Strukturen verbessern und durch  
20 verschiedene Maßnahmen dauerhaft pluraler und vielfältiger werden.

#### 21 **Dauerhafte Strukturen schaffen - der Diversity-Rat und die Anti-** 22 **Diskriminierungsstelle**

23 Eine Partei wie Bündnis 90/Die Grünen vielfältiger und diverser aufzustellen,  
24 gelingt nicht von heute auf morgen. Es braucht dazu einen langen Atem, aktive,  
25 nimmersatte Aktivist\*innen, dauerhafte Strukturen und echte Macht. Deshalb ist  
26 es von zentraler Bedeutung, Strukturen zu schaffen, die den Diversitätsprozess  
27 dauerhaft begleiten und fördern. Zu diesem Zweck führen Bündnis 90/Die Grünen  
28 Berlin den Diversity-Rat und die Anti-Diskriminierungsstelle ein.

29 Der Diversity-Rat schlägt dem Landesvorstand einen konkreten Maßnahmenplan vor,  
30 der durch das Diversity-Budget im Landeshaushalt ermöglicht werden soll,  
31 erarbeitet Diversity-Strategien, debattiert aktuelle Problemstellungen und  
32 erstellt in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand den zweijährlichen Diversity-  
33 Bericht. Der Landesvorstand verabschiedet den Maßnahmenplan des Diversity-Rats  
34 und trägt dafür Sorge, dass der Diversity-Rat mindestens einmal jährlich zu  
35 einer Sitzung zusammentrifft. Dem Rat steht frei, sich darüber hinaus selbst zu  
36 organisieren. Die im weiteren Antrag aufgeführten Maßnahmen und Mittel werden,  
37 auch aus finanziellen Gründen, nicht alle sofort umsetzbar sein. Es obliegt dem  
38 Diversity-Rat in welcher Reihenfolge und Priorisierung diese stattfinden.

39 Der Diversity-Rat besteht aus den Diversity-Beauftragten und den Anti-  
40 Diskriminierungsbeauftragten (s.u.). Darüber hinaus kann der Diversity-Rat vier  
41 Personen (quotiert) kooptiert aufnehmen, die alle zwei Jahre vom Diversity-Rat  
42 selbst gewählt werden, um dadurch in diesem Bereich aktive Personen und  
43 Expert\*innen mit einbinden zu können.

44 Jeder Bezirksvorstand, der Landesvorstand, der KV Kreisfrei sowie jede  
45 innerparteiliche Vereinigung ernennt aus ihrem Vorstand eine\*n Diversity-  
46 Beauftragte\*n. Neben der Teilnahme am Diversity-Rat sollen die Diversity-  
47 Beauftragten auch in ihren jeweiligen Strukturen und Gliederungen die  
48 Antidiskriminierungsstelle bekannt machen und die Fortentwicklung der Diversität  
49 des Verbandes im Blick behalten. Zur Erfüllung seiner Aufgaben gibt sich der  
50 Diversity-Rat eine Geschäftsordnung.

#### 51 **Die Anti-Diskriminierungsstelle**

52 Ähnlich wie die Beschwerdestelle für Fälle sexueller Belästigung richtet der  
53 Landesverband eine Antidiskriminierungsstelle auf ehrenamtlicher Basis ein. Ihre  
54 Bekanntmachung erfolgt auf der Homepage, durch Ankündigungen im Newsletter und  
55 in den Gremien, durch eine eigene Email-Adresse und mögliche Sprechstunden. Sie  
56 umfasst zwei ehrenamtlich aktive Personen (quotiert) die auf einem  
57 Landesausschuss für jeweils zwei Jahre gewählt werden.

58 Die Anti-Diskriminierungsstelle soll Betroffenen die Möglichkeit bieten,  
59 Diskriminierungserfahrungen aufzuarbeiten sowie zukünftigen Diskriminierungen  
60 möglichst vorzubeugen. Sie stellt mit Unterstützung der Landesgeschäftsstelle  
61 eine Erfassung von Diskriminierungen innerhalb der Partei sicher und ermöglicht  
62 somit die Erarbeitung von Gegenstrategien durch den Diversity-Rat und den  
63 Landesvorstand. So soll ein Raum geschaffen werden, in dem Parteimitglieder  
64 geschützt persönliche, strukturelle oder institutionelle Diskriminierung im  
65 Rahmen des Parteiengagements ansprechen können. Die Antidiskriminierungsstelle  
66 unterrichtet den Landesvorstand regelmäßig über Diskriminierungsfälle und bringt  
67 Lösungsvorschläge mit ein.

68 Es ist wünschenswert, dass die\*der Anti-Diskriminierungsbeauftragte  
69 machtkritische Gender- und Diversity-Kompetenzen mitbringen, empathisch und  
70 offen gegenüber den vielfältigen Erfahrungen innerhalb der Parteistrukturen ist  
71 und sich mit den Strukturen des Berliner Landesverbands auskennt. Um Schulungen  
72 und Weiterbildungen zu ermöglichen, stellt der Landesverband ab seinem nächsten  
73 Haushalt ein dafür vorgesehenes Budget ein.

#### 74 **Innerparteiliche Teilhabe**

75 Damit die Partei insgesamt diverser wird und viele verschiedene  
76 gesellschaftliche Gruppen anspricht, ist es wichtig, dass Teilhabe möglichst  
77 unkompliziert und ohne große Hürden geschehen kann. Wir wollen daher auch  
78 zukünftig bei Landesparteitagen und Landesmitgliederversammlungen garantieren,  
79 dass bei Bedarf Gebärdensprachdolmetschung gewährleistet und in barrierefreien  
80 Räumen getagt wird.

81 Für uns ist entscheidend, dass Politik mit Familien- und Sozialleben vereinbar  
82 ist. Daher ist es wichtig, dass Kinderbetreuung angeboten wird, und dass  
83 Sitzungen und Versammlungen durch klare Anfangs- und Endzeiten begrenzt werden.

84 Auch die Erfahrung, dass die eigene Stimme zählt, ist von großer Bedeutung.  
85 Gerade eine Landes- oder Kreismitgliederversammlung, bei der alle – unabhängig

86 von Pass und Alter – mitstimmen dürfen, ist dabei eine entscheidende Größe. Auf  
87 Landesebene werden wir dafür Sorge tragen, dass die Einladungen besser  
88 verständlich werden und die Mandatsprüfung für Menschen mit potenzieller  
89 Rassismuserfahrung sensibilisiert wird.

90 In der alltäglichen Parteiarbeit anzukommen, ist für viele oft schwer und voller  
91 gläserner Decken. Diese zu durchstoßen muss unser aller Ansporn sein. Oft sind  
92 gerade Maßnahmen wie eine aktive Neumitglieder-Arbeit, pro-aktive und  
93 freundliche Ansprache oder Erstredner\*innenquoten sehr probate Mittel, um  
94 Menschen aktiv zur Mitarbeit zu motivieren.

#### 95 **Empowerment für Menschen mit (potenzieller) Rassismuserfahrung**

96 Grüne (Neu-)Mitglieder brauchen Anlaufstellen und „Orte“ innerhalb der Partei,  
97 die ihren spezifischen Interessen und Bedürfnissen gerecht werden. Hierfür haben  
98 sich insbesondere selbstorganisierte Netzwerke, Arbeitszusammenhänge und  
99 Empowerment-Räume wie „Bunt-Grün“ als geeignet erwiesen, auch um  
100 (eigene/beobachtete) Diskriminierungs- bzw. Rassismuserfahrungen thematisieren  
101 zu können. Dies darf umgekehrt nicht bedeuten, dass alle anderen Gliederungen  
102 keine Notwendigkeit sehen, solche Problemlagen zum Thema zu machen.

103 Es ist entscheidend, dass diese Netzwerke und Arbeitszusammenhänge nicht im  
104 luftleeren Raum agieren, sondern auch konkret und handfest mit Ressourcen  
105 arbeiten können. Angebote zum Empowerment (wie Rhetorikseminare) oder  
106 Schutzräume sind dabei Möglichkeiten der Verstetigung dieser Arbeit. Die konkret  
107 durchzuführenden Maßnahmen können beim Diversity-Rat beantragt werden.

#### 108 **Diversity-Trainings**

109 Um die Partei noch stärker für das Thema Diversity zu sensibilisieren und für  
110 den Umgang damit zu befähigen, ist es wichtig, regelmäßige Fortbildungen in  
111 Kooperation mit internen und externen Expert\*innen anzubieten. Der Fokus soll  
112 zunächst auf Diversity-Trainings mit Schwerpunkt Antirassismus und Empowerment  
113 je nach Zielgruppe liegen. Dadurch sollen Vorstände und andere  
114 Funktionsträger\*innen in einem ersten Schritt insbesondere für Formen und  
115 Wirkungsweisen rassistischer Diskriminierung sensibilisiert und befähigt werden,  
116 damit kompetent, reflektiert, (selbst)kritisch und verantwortungsvoll umzugehen.  
117 Gerade für die Diversity-Beauftragten ist die Teilnahme elementar.

118 Darüber hinaus ist es auf Dauer wünschenswert, selbst Trainer\*innen durch  
119 sogenannte „Train the Trainer“-Programme auszubilden, die ihr Wissen im  
120 Anschluss weitergeben können. Ziel ist es, die Mitglieder so auszubilden, dass  
121 sie ihr Wissen und ihre Erfahrung in den Bezirken und den  
122 Landesarbeitsgemeinschaften weitergeben können und damit in die Breite der  
123 gesamten Partei hineinwirken. Die jeweiligen konkreten Angebote schlägt der  
124 Diversity-Rat auf Basis seines Budgets dem Landesvorstand vor, der diese  
125 Angebote im Rahmen des Diversity-Budgets bestätigt.

#### 126 **Diversität und Diversity-Kompetenz auf Personalebene ausbauen**

127 Um die Diversität unter den Mitarbeiter\*innen in unseren Geschäftsstellen und  
128 Fraktionen zu erhöhen, sollen Stellenausschreibungen zukünftig entsprechende  
129 Formulierungen enthalten, um die Zahl der Bewerber\*innen mit (potenziellen)  
130 Rassismuserfahrungen zu erhöhen. Um die Diversity-Kompetenz des vorhandenen  
131 Personals der Landesgeschäftsstelle auszubauen, werden einschlägige  
132 Weiterbildungsmaßnahmen angeregt und aus eigenen Mitteln gefördert.

**133 Leitfaden für diskriminierungssensible Sprache**

134 Wir erkennen an, dass Diskriminierung nicht zuletzt über Sprache ausgeübt wird.  
 135 Dass dies oft aus Unkenntnis oder fehlender Sensibilisierung geschieht, ändert  
 136 nichts an der diskriminierenden und verletzenden Wirkung. Als Partei wollen wir  
 137 deshalb noch stärker auf eine diskriminierungsfreie Sprache achten: auf allen  
 138 Ebenen und in allen Gliederungen und in der Arbeit nach außen. Dazu wird der  
 139 Landesvorstand einen Leitfaden „Diskriminierungssensible Sprache“ erarbeiten,  
 140 der anschließend vom Diversity-Rat verabschiedet wird. Der Leitfaden soll von  
 141 allen Gliederungen und Funktionsträger\*innen, allen Mitgliedern sowie allen  
 142 hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen im Landesverband angewandt werden.

**143 Zielvereinbarung**

144 Da die Personengruppe Menschen mit (sogenanntem)  
 145 Migrationshintergrund/(potenzieller) Rassismuserfahrung/People of Color (PoC) in  
 146 unserer Partei bisher unterrepräsentiert ist, haben Bündnis 90/Die Grünen Berlin  
 147 das Ziel, deren Anzahl in den Bezirksvorständen/ Geschäftsführenden Ausschüssen,  
 148 den Bezirksparlamentsfraktionen, der Abgeordnetenhausfraktion, dem  
 149 Landesvorstand, dem Parteirat und unter den Berliner grünen Abgeordneten im  
 150 Bundestag auf den gesellschaftlichen Anteil von Menschen mit  
 151 Migrationshintergrund in Berlin (31 Prozent) anzupassen und somit ihre  
 152 Repräsentation innerhalb der Parteistrukturen auf allen Ebenen zu verbessern.

153 Für die kommenden zwei Jahre (Stichtag: Herbst LDK 2019) soll zunächst der  
 154 Anteil von 15 Prozent (bei sechs Personen entspricht dies einer Person mit sog.  
 155 Migrationshintergrund) angestrebt und der Anteil dann kontinuierlich bis 2021  
 156 auf den dann aktuellen Anteil (Stand 2017: 31 Prozent) von Berliner\*innen mit  
 157 Migrationshintergrund angepasst werden.

158 Der Landesvorstand verpflichtet sich, gemeinsam mit dem Diversity-Rat alle zwei  
 159 Jahre einen Bericht zur Entwicklung der Erreichung der Zielvereinbarung  
 160 abzugeben. Dieser soll parteiöffentlich vorgelegt und diskutiert werden  
 161 (Landesdelegiertenkonferenz oder Landesausschuss). Die Abfrage und Nennung der  
 162 Personen erfolgt anonym.

163 Es soll darauf geachtet werden, dass das Werben bei Menschen mit (sogenanntem)  
 164 Migrationshintergrund/(potenzieller) Rassismuserfahrung/PoCs für die Ämter und  
 165 Mandate nicht allein auf migrations- und integrationspezifische Themen  
 166 reduziert wird.

167 Bei Nichterreichung der Zielvorgabe (Gremien und Listenaufstellung) ist der  
 168 Landesvorstand angehalten, eine parteiöffentlich wirksame, handlungsorientierte  
 169 Debatte über dieses Defizit zu führen und neben Handlungsempfehlungen auch  
 170 Beratungsstrukturen für die jeweiligen Gremien zur Verfügung zu stellen.

**Begründung**

Bereits 2010 haben wir beschlossen, eine innerparteiliche Kultur der Vielfalt zu entwickeln (LDK-Beschluss vom 5.6.2010 „Teil haben und Teil sein – Berlin gemeinsam gestalten“). 2015 haben wir dieses Ziel bekräftigt und den Landesvorstand beauftragt, Empfehlungen zu erarbeiten, wie wir innerhalb unserer eigenen Strukturen gesellschaftliche Vielfalt und Inklusion gezielt fördern können (LDK-Beschluss vom 21.3.2015 „Für eine inklusive grüne Politik!“). Die zu diesem Zweck eingerichtete AG Diversität hat ihre ersten Arbeitsergebnisse Anfang 2016 im LA vorgestellt und in den letzten Monaten weiterentwickelt. Der

vorliegende Antrag ist in engagierter Zusammenarbeit mit der AG Diversität entstanden. Für diese jahrelange, intensive Arbeit bedanke sich der Landesvorstand von Herzen. Der Antrag bildet die Grundlage zur Schaffung dauerhafter Strukturen zur Förderung innerparteilicher Kultur der Vielfalt.

## **V-01** Weitere Anträge

Antragsteller\*in: Petra Vandrey (KV Charlottenburg-Wilmersdorf) u.a.

### **Ein Familienförderungsgesetz für Berlin**

#### **1 Ein Familienförderungsgesetz für Berlin**

2 Der Landesverband von Bündnis 90/ Die Grünen wirkt mit Nachdruck darauf hin, in  
3 der laufenden Legislaturperiode ein Berliner Familienförderungsgesetz auf den Weg zu  
4 bringen. Der Landesverband unterstützt den für das Gesetzgebungsverfahren  
5 notwendigen breiten Beteiligungsprozess.

6 Berlin soll eine noch familienfreundlichere Metropole werden. Bündnis 90 / Die  
7 Grünen wollen Familien mit Kindern und Jugendlichen eine Stadt voller  
8 Möglichkeiten eröffnen. Kinderarmut muss wirksamer bekämpft werden.  
9 Alleinerziehende gilt es, gezielt zu unterstützen. Die Vereinbarkeit von Familie  
10 und Beruf muss gewährleistet sein. Familienförderung muss einen stabilen Rahmen  
11 haben, um nachhaltig wirken zu können.

12 Familie ist überall da, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander  
13 übernehmen. Die Vielfalt unterschiedlichster familiärer Lebensformen gilt es, zu  
14 fördern.

15 Es gibt in Berlin schon jetzt zahlreiche Angebote und Hilfen, auf die Familien  
16 zurückgreifen können. Leider verhindert der Dschungel von Behörden und  
17 unübersichtlicher Vorschriften oft, dass sie in Anspruch genommen werden.  
18 Außerdem fehlen verlässliche Standards. Um Familien fördernde Maßnahmen  
19 übersichtlicher und verbindlicher zu machen, soll in dieser Legislaturperiode  
20 ein Familienförderungsgesetz beschlossen werden.

21 Berlin hat bislang noch kein Familienförderungsgesetz. In der Berliner rot-rot-  
22 grünen Koalitionsvereinbarung von 2016 hat die Koalition es sich zur Aufgabe  
23 gemacht, ein Familienförderungsgesetz auf den Weg zu bringen.

24 Der Landesverband von Bündnis 90 / Die Grünen setzt sich dafür ein, dass in der  
25 Stadtgesellschaft ein breiter Beteiligungsprozess stattfindet, um den  
26 Gesetzgebungsprozess zu begleiten und die tatsächlichen Bedürfnisse von Kindern,  
27 Jugendlichen und Familien zum Maßstab des Gesetzes zu machen. Hierbei sollen die  
28 Akteur\*innen eingebunden werden, die aus fachlicher Sicht qualifiziert sind,  
29 ihre Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

30 Sinn des Gesetzes soll sein, Ziele einer modernen, ganzheitlichen und  
31 vielfältigen Familienpolitik für Berlin zu definieren und konkrete  
32 familienpolitische Maßnahmen und Projekte festzuschreiben sowie verbindliche  
33 Standards der Familienförderung in den verschiedenen Bereichen festzulegen und  
34 diese finanziell zu unterlegen. Berücksichtigt werden soll dabei der inklusive  
35 und interkulturelle Ansatz von Familienpolitik sowie die besonderen Bedarfe von  
36 geflüchteten und zugewanderten Familien.

37 Das Gesetz soll dabei die Aufgabenverteilung zwischen Land und Bezirken klar  
38 regeln.

39 Es soll nicht mit dem Duktus geschrieben werden, nur Defizite und Problemlagen  
40 bekämpfen zu wollen. Vielmehr soll es sich an alle Berliner Familien in ihrer  
41 ganzen Vielfalt wenden und ihnen Angebote machen, um in Berlin gut zu leben,  
42 Kinder zu erziehen und füreinander zu sorgen.

43 In dem Gesetz sollen die aus grüner familienpolitischer Sicht wichtigen  
44 Schwerpunkte enthalten sein, insbesondere:

- 45 • Etablierung von Familienservicebüros in allen Bezirken
- 46 • Ein Netzwerk von Familienzentren schaffen, dauerhafte Sicherung des  
47 Regenbogenfamilienzentrums
- 48 • Beratungsangebote für Familien und werdende Familien (Mütter, Väter,  
49 soziale Elternteile, Schwangere und deren Partner) zu Erziehungsfragen und  
50 in Trennungssituationen in jedem Familienzentrum, Ausbau der präventiven,  
51 sozialraumorientierten Arbeit
- 52 • Angebot für Familienbildung ausbauen
- 53 • Verstetigung des Programms Stadtteilmütter
- 54 • Standards für Personal und Ausstattung der für Familien zuständigen Ämter  
55 festschreiben
- 56 • Eine flächendeckende Ausstattung mit Beleghebammen und Hebammen zur  
57 Sicherung der Geburtsvorbereitung, Geburt und Wochenbettbetreuung sowie  
58 Beratungsangebote und der freien Wahl des Geburtsortes
- 59 • Regelmäßige Familienberichterstattung, Familienförderplan und den Berliner  
60 Beirat für Familienfragen im Gesetz verankern
- 61 • Angebote für Familienfreizeit und Familienerholung festschreiben
- 62 • Familienfreundlichkeitsprüfung (vor Erlass von Rechts- und  
63 Verwaltungsvorschriften sowie bei Planung von Maßnahmen des Landes sind  
64 die Auswirkungen auf Familien zu prüfen; dabei sind auch die Erfordernisse  
65 der Barrierefreiheit im Hinblick auf Eltern und Kinder mit Behinderungen  
66 zu beachten)

## Begründung

### Weitere Antragsteller\*innen:

Sebastian Serowy (KV Steglitz-Zehlendorf), Marianne Burkert-Eulitz (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Andrea Bossmann (KV Mitte), Christof Ebrecht (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Oliver Gellert (KV Spandau)

### Unterstützer\*innen:

Arbeitsgemeinschaft Kinder Jugend Familie, Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Stefanie Remlinger (KV Pankow), Monika Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Wolfgang Schmidt (KV Kreisfrei), Markus Scheppe (kein Mitglied), Bernd Schwarz (KV Charlottenburg Wilmersdorf), Parwin Kouloubandi (KV Charlottenburg Wilmersdorf), Susanne Mertens (KV Steglitz-Zehlendorf), June Tomiak (KV Kreisfrei), Martina Schmiedhofer (KV Charlottenburg Wilmersdorf), Herbert Nebel (KV Charlottenburg Wilmersdorf)

## **V-02** Weitere Anträge

Antragsteller\*in: LAG Migration und Flucht

### **Politik statt Populismus: soziale Probleme nachhaltig lösen**

#### **1 Politik statt Populismus: soziale Probleme nachhaltig lösen**

2 Auf den Straßen der Hauptstadt können die wachsenden sozialen Probleme Berlins  
3 gut beobachtet werden: Ca. 7.000-10.000 obdachlose Menschen leben hier derzeit  
4 auf der Straße. Tendenz: steigend. Zunehmend werden auch Obdach- und  
5 Wohnungslose aus anderen EU-Ländern angetroffen, was mit der uneingeschränkten  
6 Freizügigkeit der Menschen aus allen EU-Staaten, die u.a. zum Arbeiten/zur  
7 Arbeitssuche in die deutsche Hauptstadt kommen, einhergeht.

8 Obwohl die Not auf Berlins Straßen jedes Jahr kontinuierlich gestiegen ist,  
9 wurde diese Entwicklung jahrzehntelang vom Senat ignoriert. Jetzt fehlt es an  
10 allen Ecken und Kanten an Unterbringungsmöglichkeiten, an aufsuchender  
11 Sozialarbeit, an Gesundheitsangeboten und Beratungseinrichtungen. Die Stadt  
12 steht der wachsenden Herausforderung bisher konzeptlos gegenüber. In so einem  
13 Klima ist es leicht, medienwirksam gegen die Marginalisierten vorzugehen und die  
14 Forderung nach Abschiebung als irgendeine geartete Form der (Schein-)Lösung zu  
15 präsentieren.

#### **16 Wir kehren vor unserer eigenen Tür**

17 Das soziale Problem von Obdachlosigkeit ist kein Neues und es ist keines, das an  
18 Staatsbürgerschaften festgemacht werden kann. Es spricht gegen die  
19 Menschenwürde, Menschen aufgrund ihres Passes zu hierarchisieren und somit die  
20 politische Konzeptlosigkeit allein auf die Schultern der Marginalisierten  
21 abzuwälzen. Die zunehmende Obdachlosigkeit ist keine Folge von Migration,  
22 sondern ein gesamtgesellschaftlicher Missstand. Zudem gibt es keine belastbaren  
23 Zahlen zum Anteil der Unionsbürger\*innen unter den obdachlosen Menschen. Die  
24 Fokussierung auf diese Gruppe beruht also auf reiner Spekulation und wird von  
25 den Akteur\*innen der Obdachlosenhilfe weder bestätigt noch akzeptiert. Die  
26 Fokussierung auf ost-europäische EU-Bürger\*innen lässt fälschlicherweise den  
27 Schein erwecken, Obdachlosigkeit sei nach Berlin migriert.

28 Wohlfahrtsverbänden, Caritas, Streetworker, etc. rufen schon seit Jahren um  
29 Hilfe und fordern mehr Mittel für die Wohnungs- und Obdachlosenhilfe. Mehr  
30 Fachpersonal, mehr Unterkünfte und medizinische Betreuung sind gefordert. Denn:  
31 Manche der auf der Straße lebenden Menschen haben unbehandelte psychische  
32 Probleme und Suchterkrankungen.

33 Zwar stehen anders als deutschen Obdachlosen, Unionsbürger\*innen nach  
34 Bundesgesetzen keine Hilfen zu. Ein Verbot ihnen zu helfen existiert allerdings  
35 nicht. Zudem ist Berlin wie alle Kommunen dazu verpflichtet, jedem, der ohne  
36 Obdach ist und nicht auf der Straße leben will, eine feste Unterkunft  
37 anzubieten.

38 Räumungen hingegen verschieben lediglich das Problem von einem Platz zum  
39 nächsten Platz, von einem Bezirk zum nächsten Bezirk, anstatt das Problem in  
40 seinem Fundament anzupacken.



41 **Wir stehen für ehrliche Debatten und Lösungen, statt Ablenkungsmanöver**

42 Wir wollen eine differenzierte Debatte und nachhaltige Konzepte für obdachlose  
43 Menschen. Rassistische, populistische Äußerungen sind unvereinbar mit grünen  
44 Grundsätzen, Forderungen nach Abschiebung sind auch schlichtweg nicht legal:  
45 eine Abschiebung von Unionsbürger\*innen ist verfassungswidrig, die Menschen  
46 haben hier ein Bleiberecht. Die Forderung nach Abschiebung kommt damit nicht  
47 über Populismus hinaus und ist kein Beitrag zur Lösung, schadet uns Grünen in  
48 der öffentlichen Wahrnehmung jedoch gewaltig.

49 Es erfordert daher einer klaren Haltung des Landesverbands Berlin:

- 50 • Wir Grüne stehen zur Freizügigkeit innerhalb der EU. Wir sprechen uns  
51 deutlich gegen eine Obergrenze für eine Zuwanderung aus Süd- und Osteuropa  
52 aus.
- 53 • Wir Grüne lehnen eine Hierarchisierung von Menschen aufgrund von Pässen  
54 ab.
- 55 • Wir Grüne wollen ein nachhaltiges Konzept, das obdachlosen Menschen eine  
56 angemessene Beratungs- und Versorgungsstruktur bietet und dabei die  
57 Vielfalt der Lebensumstände berücksichtigt.
- 58 • Wir Grüne positionieren uns klar gegen Räumungen von Obdachlosencamps.

## V-03 (ZURÜCKGEZOGEN) Weitere Anträge

Antragsteller\*in: Hannah Neumann (KV Lichtenberg), Stefanie Remlinger (KV Pankow)

### Integration durch Bildung – Wie das Ankommen im Schul- und Ausbildungssystem gelingen kann

#### 1 **Integration durch Bildung – Wie das Ankommen im Schul- und Ausbildungssystem** 2 **gelingen kann**

3 Im Jahr 2015 stieg die Zahl der nach Deutschland kommenden Asylsuchenden und  
4 Kriegsflüchtlinge stark an. Unter ihnen waren viele unbegleitete Minderjährige  
5 und Familien; die Zahl der zu beschulenden Kinder mit wenig bis keinen  
6 Deutschkenntnissen stieg in Deutschland und auch in Berlin stark an. Viele der  
7 Berliner Schulen, die ohnehin an ihren Kapazitätsgrenzen angelangt waren,  
8 konnten die Kinder nicht in Regelklassen aufnehmen. Um die ankommenden Kinder  
9 und Jugendlichen dennoch angemessen beschulen zu können und sie schrittweise an  
10 den Regelunterricht heran zu führen, wurden so genannte Willkommensklassen ins  
11 Leben gerufen. Zu Beginn des Schuljahrs 2014/2015 gab es bereits 257 dieser  
12 „Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse“. Mit Stand Ende Juni 2017  
13 besuchten in Berlin 12.105 Schüler\*innen 1.051 Willkommensklassen an Grund- und  
14 Oberschulen sowie beruflichen Schulen. Sie waren von Anfang an nur als  
15 Ankommensstation und pädagogisches Instrument für einen möglichst schnellen  
16 Spracherwerb gedacht, der zum Besuch der Regelklassen befähigen sollte. Dieser  
17 möglichst schnelle Übergang ist klares Ziel der Willkommensklassen, auch wenn  
18 keine starre Frist definiert ist, wie lange man in Willkommensklassen bleiben  
19 kann. Richtgröße für die jüngeren Kinder, insbesondere im Grundschulalter,  
20 sollte sein: maximal ein Jahr. Je älter die Jugendlichen sind, die zu uns  
21 kommen, desto flexibler und individueller müssen die Wege sein. Der Übergang in  
22 Regelangebote wird hier oft nicht so schnell gelingen.

23 Grundsätzlich bevorzugen wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die unmittelbare,  
24 inklusive Beschulung von Geflüchteten in Regelklassen. Die Entwicklung der  
25 letzten drei Jahre zeigt aber, dass die Zahl der Geflüchteten zwar rückläufig  
26 ist, sich allerdings auf einem Niveau verstetigt, das eine grundsätzliche  
27 Auseinandersetzung mit der Frage ihrer Integration in das Bildungssystem  
28 notwendig macht. Willkommensklassen wird es noch eine ganze Zeit lang geben.  
29 Damit Kinder und Jugendliche möglichst schnell den Übergang von einer separaten  
30 Beschulung in Regelklassen bzw. eine reguläre berufliche Ausbildung schaffen,  
31 gilt es die Zeit in den Willkommensklassen möglichst effizient zu nutzen und die  
32 Übergänge optimal zu gestalten. Statt einer Kette kurzfristiger Notlösungen  
33 brauchen wir daher endlich ein umfassendes Konzept, das es uns in den nächsten  
34 Jahren ermöglicht, die ankommenden Kinder sinnvoll zu beschulen, um ihnen die  
35 bestmögliche Bildung zu ermöglichen und ihre Integration zu erleichtern.

36 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dieses Thema in Berlin von Anfang an aktiv und  
37 kritisch begleitet, über Fachgespräche, Anfragen und Anträge und im Austausch  
38 vor allem mit Schulleitungen, Lehrkräften, Gewerkschaften und Migrantenselbst-  
39 organisationen. Auf der Basis dieser Erfahrungen stellen wir die nachfolgenden  
40 Forderungen auf:

41 **Entwicklung eines Berliner Rahmenplans für die Beschulung neu ankommender Kinder**  
42 **in Willkommensklassen bzw. Regelklassen**

43 In Berlin wird zur Zeit an über tausend Willkommensklassen unterrichtet. Einige  
44 Schulen haben schon über drei bis vier Jahre Erfahrungen mit diesen besonderen  
45 Lerngruppen gesammelt. Dennoch wurde nur für den Bereich der beruflichen Schulen  
46 ein Curriculum entwickelt, das Bausteine enthält, wie Schüler\*innen auf den  
47 Übergang in Regelklassen vorbereitet werden sollen. Ansonsten bleiben nach wie  
48 vor die jeweiligen Schulen bzw. einzelnen Lehrkräfte bei der Entwicklung  
49 eigenständig Lehrpläne und –methoden auf sich allein gestellt, in einem teils  
50 zeitraubenden Prozess. Systematischer Wissenstransfer zwischen den Lehrkräften  
51 und Schulen findet kaum statt. Auch gibt es bisher keine Übersicht über  
52 Lehrmaterialien, die für den Unterricht genutzt werden könnten. Die Entwicklung  
53 von Unterrichts-Materialien, Konzepten und Curricula würde hier Synergieeffekte  
54 erzeugen, die Beschulung in Willkommensklassen professionalisieren und die  
55 Beschulung von neu ankommenden Kindern in Regelklassen (im Falle einer  
56 Aussetzung der Willkommensklassen) erleichtern. Daher fordern wir:

- 57 a. Eine Bestandsaufnahme existierender Lehrmaterialien und –methoden zur  
58 Beschulung von Kindern in Willkommensklassen.
- 59 b. Die Entwicklung eines berlinweiten Curriculums und Verzeichnis von  
60 Lehrmaterialien zur Beschulung in Willkommensklassen unter Berücksichtigung der  
61 unterschiedlichen Vorkenntnisse, Fähigkeiten und Altersstufen der ankommenden  
62 Kinder.
- 63 c. Einen Austausch über Good Practices sowie über die zur Verfügung stehenden  
64 Unterstützungssysteme, moderiert von den regionalen Schulaufsichten.
- 65 d. Wissenschaftliche Begleitung und Fallstudien darüber, ob, wie gut und  
66 innerhalb wie langer Zeiträume die Übergänge gelingen. Wir wissen darüber viel  
67 zu wenig!

68 Diese Angebote und der Rahmenplan dürfen sich nicht auf den reinen Deutsch-  
69 Spracherwerb beschränken. Fragen des Bildungssystems insgesamt müssen adressiert  
70 werden, ebenso gilt es, Konzepte für den Stofferwerb in zentralen Fächern zu  
71 entwickeln sowie Hinweise und Angebote für die alltagspraktische Orientierung  
72 (wo kann man Freizeit verbringen, einkaufen gehen, wie öffentliche  
73 Verkehrsmittel nutzen usw.) zu vermitteln.

74 **Einführung einer Bildungsberatung für Familien und junge Erwachsene in**  
75 **Erstaufnahme-Einrichtungen.**

76 Bildung und Bildungsabschlüsse besitzen in Deutschland einen hohen Stellenwert.  
77 Deswegen ist es wichtig, dass neu ankommende Familien und junge Erwachsene das  
78 Bildungssystem und die ihnen offen stehenden Möglichkeiten verstehen. So bauen  
79 Eltern Berührungängste ab und können ihre Kinder bestmöglich bei der  
80 Integration in das Schulsystem unterstützen. Eine entsprechende, frühzeitig  
81 einsetzende Bildungsberatung gibt es bisher nicht. Die Kinder und Jugendlichen  
82 werden von den regionalen Schulaufsichten weitestgehend nach Alter und freien  
83 Kapazitäten an die Schulen verteilt. Insbesondere werden alle Jugendlichen über  
84 16 Jahre direkt an die Oberstufenzentren geschickt. Nur für Unbegleitete  
85 Minderjährige gab es bisher eine Einzelfallprüfung, inwieweit sie vielleicht  
86 auch ein Gymnasium oder eine Hochschule besuchen könnten. Um früh den Grundstein  
87 für eine möglichst optimale Bildungskarriere neu ankommender Kinder und  
88 Jugendlicher zu legen, fordern wir:

89 e. Die Einführung einer Bildungsberatung für Familien und junge Erwachsene in  
90 Erstaufnahmeeinrichtungen als Regelangebot.

91 f. Den Aufbau einer mobilen Beratungseinheit, die Schulen und/oder neu  
92 ankommenden Familien und jungen Erwachsenen auf Anfrage weitere  
93 Beratungsangebote macht.

94 g. Eine möglichst einheitliche, fachlich untermauerte Erhebung der vorhandenen  
95 schulischen und beruflichen Vorkenntnisse und Kompetenzen der Kinder und  
96 Jugendlichen.

97 **Mehr Unterstützung und eine langfristige Perspektive für die Pädagog\*innen in**  
98 **den Willkommensklassen**

99 Die Leistung der Berliner Schulen, innerhalb kurzer Zeit über 20.000 Kinder  
100 zusätzlich in ein ohnehin ausgelastetes System aufzunehmen, ist bewundernswert  
101 und wir danken allen Lehr- und Fachkräften für diese Kraftanstrengung. Über  
102 tausend neue Lehrkräfte sind seit 2014 speziell für die Willkommensklassen  
103 eingestellt worden. Die Mehrheit dieser Pädagog\*Innen verfügt nicht über die  
104 klassische Lehramtsbefähigung. Gleichzeitig stellen sie sich der vielleicht  
105 herausforderndsten Aufgabe, die wir im Schulsystem derzeit zu bewältigen haben;  
106 mit bisher wenig bis keiner Unterstützung durch Erzieher\*innen oder  
107 Sozialarbeiter\*innen, obwohl viele der ankommenden Kinder und Jugendliche auf  
108 ihrer Flucht traumatischer Erfahrungen gemacht haben. Die Leistung der  
109 Fachkräfte in Willkommensklassen wollen wir anerkennen und ihre berufliche  
110 Situation verbessern. Daher fordern wir:

111 h. Eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive für Lehrkräfte, die zur Zeit in  
112 Willkommensklassen unterrichten. Also: keine Jahresverträge mehr und die  
113 Entwicklung von Weiterqualifizierungsangeboten, die einen Übergang in den  
114 regulären Schuldienst ermöglichen. Dies ist ob des gegenwärtigen Lehrermangels  
115 in Berlin ohnehin geboten.

116 i. Eine ausreichende Unterstützung durch Erzieher\*innen, Sozialarbeiter\*innen  
117 und Pädagogische Unterrichtshilfen in den Klassen und für den gesamten Zeitraum,  
118 in dem die Kinder noch besondere Förderung brauchen. Diese besondere Förderung  
119 darf nicht mit dem Tag des Übergangs in die Regelklassen enden!

120 **Strukturelle Unterstützung der didaktischen Arbeit durch Kulturmittler\*innen in**  
121 **der Ankommensphase**

122 Neben der Vermittlung von Sprachkenntnissen und Unterrichtsinhalten ist  
123 Integration eine zentrale Aufgabe in den ersten Jahren des Ankommens von Kindern  
124 und jungen Erwachsenen. Die Kinder und Jugendlichen kommen mit sehr  
125 unterschiedlichen Erfahrungen und auf verschiedenen, oftmals traumatischen Wegen  
126 in unser hochformalisiertes, bürokratisiertes Land mit seiner freiheitlich  
127 demokratischen Grundordnung. Vieles, was für uns selbstverständlich ist, ist für  
128 die Neuankömmlinge ein Buch mit sieben Siegeln. Unterschiedliche Lern- und  
129 Arbeitskulturen, unterschiedliche Werte und Sozialisierungen rufen Fragen, aber  
130 auch Konflikte hervor, die alle am Bildungsprozess Beteiligten überfordern  
131 können. Im Schulalltag fehlt bisher leider oft nicht nur die Zeit, sondern auch  
132 das Handwerkszeug für die Bearbeitung von sprachlichen, interkulturellen oder  
133 auch interreligiösen Konflikten. Fehlendes Verstehen, gerade in der  
134 Anfangsphase, führt schnell zu gegenseitigem Misstrauen, zu Gefühlen von  
135 Hilflosigkeit und Ausgegrenztsein bzw. Überforderung, im schlimmsten Fall sogar  
136 zu Hass, Gewalt und Radikalisierung. Darum fordern wir:

137 j. Eine bessere Ausstattung von Schulen mit Willkommensklassen mit  
138 Kulturmittler\*innen, die Arbeit im Klassenverband begleiten, Elterngespräche  
139 unterstützen und die Kinder und ihre Familien auch nach dem Übergang in  
140 Regelklassen weiter begleiten und unterstützen.

141 k. Die Entwicklung von Konzepten für den Austausch zwischen Kindern in  
142 Willkommensklassen und Kindern in Regelklassen und finanzielle Unterstützung für  
143 ihre Durchführung. *Peer Education*, also das Lernen der Schüler\*innen von  
144 Gleichaltrigen, wie etwa im Konzept der Bildungsbande, ist ein zentraler  
145 Baustein für gelingende Integration.

146 l. Eine Ausweitung niedrigschwelliger Angebote zur Radikalisierungsprävention  
147 für Jugendliche und junge Erwachsene, sowie von Beratungsangeboten für  
148 Lehrkräfte. Diese Projekte sollten aktiv Schulen und Lehrkräfte ansprechen und  
149 Projekte, sowie Beratungsgespräche vor Ort anbieten.

#### 150 **Verbesserung der Infrastruktur an verstetigten Willkommensklassen**

151 An vielen Schulen zeichnet sich ab, dass sie dauerhaft Willkommensklassen haben  
152 werden. Dennoch entsprechen die Rahmenbedingungen immer noch einem ad-hoc  
153 Betrieb. So werden Willkommensklassen teilweise an separaten Orten unterrichtet  
154 und es findet selbst in den Pausen kein Austausch mit anderen Schüler\*innen  
155 statt. Oder die Essensversorgung ist schwierig, da die Essensausgabe in  
156 Erstaufnahmeeinrichtungen morgens erst nach Schulbeginn anfängt und  
157 Schüler\*innen ohne Frühstück in den Tag starten. Oder es gibt keine  
158 Infrastruktur um eine Versorgung mit Mittagessen zu gewährleisten. Bei solchen  
159 Problemen wurde bisher allenfalls Flickschusterei betrieben, mit dem Verweis auf  
160 die nur kurzfristig hohe Zahl an neu ankommenden Kindern. Diese Situation gilt  
161 es nun grundlegend anzugehen. Kinder in Willkommensklassen dürfen bei allen  
162 Planungen nicht immer nur nachrangig berücksichtigt werden. Daher fordern wir:

163 m. Die Beschulung von Willkommensklassen auf dem Schulgelände von Regelklassen  
164 sicher zu stellen und notfalls dahingehende Baumaßnahmen zu unterstützen.

165 n. Die Essensversorgung von Kindern in Willkommensklassen zu gewährleisten durch  
166 Anpassung der Rahmenbedingungen in Erstaufnahmeeinrichtungen und die Entwicklung  
167 von Konzepten, die Essensversorgung am Mittag finanziell und logistisch sicher  
168 zu stellen.

169 o. Den Aufbau eines Beratungsteams auf Landesebene, das Schulen mit  
170 Willkommensklassen bei logistischen und organisatorischen Problemen beratend zur  
171 Seite steht.

172 p. Für einen fließenden, erfolgreichen Übergang muss sichergestellt werden, dass  
173 die Kinder in den Willkommensklassen von Anfang an an allen Angeboten des  
174 Schullebens teilnehmen können (Schulessen, Ausflüge, Schüler\*innenvertretung  
175 etc.).

#### 176 **Den Übergang in Ausbildung und Beruf bestmöglich gestalten**

177 In den Diskussionen um die Willkommensklassen standen in der öffentlichen  
178 Diskussion bisher vor allem zwei Aspekte im Vordergrund: Ob es sie überhaupt  
179 geben soll, und wie der Übergang in die sogenannten Regelklassen gelingen kann.  
180 Dabei wurde viel zu oft vergessen, zwischen unterschiedlichen Altersgruppen zu  
181 unterscheiden sowie die sehr unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen, mit  
182 denen die Kinder und Jugendlichen zu uns kommen, ausreichend in Betracht zu  
183 ziehen. Kaum jemand ist die große Zahl an Willkommensklassen an den beruflichen

184 Schulen bewusst – derzeit rund 230 Gruppen mit über 3000 Schüler\*innen in  
185 Berlin.

186 Grundsätzlich werden Jugendliche ab 16 Jahren direkt in die Willkommensklassen  
187 an den beruflichen Schulen eingeschult und sollen dort auf den Übergang in  
188 Ausbildung, Beruf oder Studium vorbereitet werden. Aber auch schon für viele 14  
189 und 15-Jährige ist ein Jahr in einer Willkommensklasse keinesfalls ausreichend,  
190 um den Übergang in Regelklassen zu schaffen. Gleiches gilt für die  
191 Willkommensklassen an den beruflichen Schulen. Die Herausforderungen für ältere  
192 sind noch um Einiges schwieriger als der Übergang in die Regelklassen der  
193 Allgemeinbildung für jüngere Kinder, denn viele von ihnen bringen nicht den bei  
194 uns altersgemäßen Stand an formaler Vorbildung mit; gleichzeitig bleibt diesen  
195 älteren Jugendlichen nur wenig Zeit für den Erwerb ausreichend guter  
196 Sprachkenntnisse oder gar regulärer, formaler Bildungsabschlüsse. Ohne diese  
197 haben sie jedoch schlechte Perspektiven auf unserem Arbeitsmarkt und ihnen droht  
198 eine Karriere als prekäre, schlecht bezahlte Arbeitskraft.

199 Selbstverständlich brauchen nicht alle Geflüchteten besondere Hilfe. Und  
200 einfache Lösungen gibt es gerade am Übergang in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt  
201 nicht. Vielen der neu ankommenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen gelingt  
202 der Übergang an dieser Schwelle durch eigenes Können und hohe Motivation. Andere  
203 wiederum verdienen und benötigen aber doch besondere Begleitung und  
204 Unterstützung. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stärken das Recht auf und die  
205 Bedeutung von formaler Bildung für Geflüchtete. Um ihrer besonderen  
206 Bedürfnislage gerecht zu werden, wollen wir kreative und individuelle Wege  
207 fördern, zu Abschlüssen zu kommen und den Weg in gute Arbeit zu finden.

208 Wir fordern deshalb

209 q. Eine gezielte Kompetenzfeststellung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen  
210 im Hinblick auf den Übergang in Ausbildung oder Beruf.

211 r. Individuelle Begleitungs- und Förderangebote für besonders förderbedürftige  
212 Jugendliche und junge Erwachsene. Dafür hat unsere Abgeordnetenhausfraktion ein  
213 Programm vorgelegt, das folgende curriculare Elemente enthält:  
214 Orientierungsphase zur Klärung der individuellen Voraussetzungen und Interessen;  
215 Lernen in der Praxis an Lernorten in der Stadt, insbesondere in Betrieben,  
216 gesellschaftlichen und kulturellen Einrichtungen an zwei bis drei Tagen pro  
217 Woche; Lernen in der Schule an zwei bis drei Tagen in der Woche; Verbindung von  
218 Praxiserfahrung und Lernen durch Entwicklung eines individuellen  
219 kompetenzorientierten Curriculums, welches die Voraussetzungen und Ziele des/der  
220 einzelnen Lernenden berücksichtigt; regelmäßige Bildungsberatung und Vernetzung  
221 mit weiteren Unterstützungssystemen nach Bedarf.

222 s. Förder- und Begleitangebote auch für besonders Befähigte (Mentoring,  
223 Patenschaftsmodelle, Talentscout), um sie zu ermutigen und ihnen zu helfen, auch  
224 größere Schwellen zu überwinden.

225 t. An der bestehenden Praxis, junge Erwachsene während der Ausbildung nicht  
226 abzuschieben, soll festgehalten werden.

227 u. Verstärkte Beratungs- und Unterstützungsangebote für Firmen und Betriebe, die  
228 Geflüchtete ausbilden und einstellen wollen

229 v. Die Entwicklung von Nachqualifizierungsangeboten sowohl im berufsbildenden  
230 als auch im Hochschul-Bereich. Ausbildungen müssen auch Stück für Stück formal

231 abgeschlossen werden können; auch sollen Geflüchtete, deren Qualifikationen  
232 (nur) teilweise anerkannt werden, nicht wieder bei Null anfangen müssen.

233 Bildung ist und bleibt der wichtigste Integrationsfaktor. Wir müssen und wir  
234 dürfen nicht die Fehler wiederholen, die schon in den 90er Jahren gemacht  
235 wurden. Wir bedanken uns bei allen, die uns gerade durch Schilderung ihrer  
236 Erfahrungen aus den letzten Jahrzehnten geholfen haben, gute Konzepte und  
237 Programme auf den Weg zu bringen. Jetzt gilt es, diese umzusetzen. Alle Kinder  
238 und Jugendlichen sollen bei uns beste Bildungschancen bekommen; dafür setzen  
239 sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Berlin ein.

## **V-03 NEU** Weitere Anträge

Antragsteller\*in: Hannah Neumann, Stefanie Remlinger

### **Integration durch Bildung – Wie das Ankommen im Schul- und Ausbildungssystem gelingen kann**

#### **1 Integration durch Bildung – Wie das Ankommen im Schul- und Ausbildungssystem 2 gelingen kann**

3 Im Jahr 2015 stieg die Zahl der nach Deutschland kommenden Asylsuchenden und  
4 Kriegsflüchtlinge stark an. Unter ihnen waren viele unbegleitete Minderjährige  
5 und Familien; die Zahl der zu beschulenden Kinder mit wenig bis keinen  
6 Deutschkenntnissen stieg in Deutschland und auch in Berlin stark an. Im  
7 Vergleich zur Zuwanderung in vergangenen Jahren und Jahrzehnten sind unter den  
8 derzeitigen Flüchtlingen viele Menschen mit geringer oder auch gar keiner  
9 formalen schulischen Vorbildung. Um die ankommenden Kinder und Jugendlichen  
10 angemessen beschulen zu können und sie schrittweise an den Regelunterricht heran  
11 zu führen, wurden vermehrt so genannte Willkommensklassen ins Leben gerufen. Zu  
12 Beginn des Schuljahrs 2014/2015 gab es bereits 257 dieser „Lerngruppen für  
13 Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse“. Mit Stand Ende Juni 2017 besuchten in Berlin  
14 12.105 Schüler\*innen 1.051 Willkommensklassen an Grund- und Oberschulen sowie  
15 beruflichen Schulen. Diese Klassen waren von Anfang an nur als Ankommensstation  
16 und pädagogisches Instrument für einen möglichst schnellen Spracherwerb gedacht,  
17 der zum Besuch der Regelklassen befähigen sollte. Dieser möglichst schnelle  
18 Übergang ist klares Ziel der Willkommensklassen, auch wenn keine starre Frist  
19 definiert ist, wie lange man in Willkommensklassen bleiben kann. Richtgröße für  
20 die jüngeren Kinder, insbesondere im Grundschulalter, sollte sein: maximal ein  
21 Jahr. Je älter die Jugendlichen sind, die zu uns kommen, desto flexibler und  
22 individueller müssen die Wege sein. Der Übergang in Regelangebote wird hier oft  
23 nicht so schnell gelingen. Grundsätzlich soll es aus unserer Sicht jedoch keine  
24 Schule geben, an der nicht zumindest zum Teil integrativ bzw. inklusiv beschult  
25 wird. So können Kinder und Jugendlichen von Anfang an Kontakte zu den  
26 Regelklassenschüler\*innen knüpfen, Begegnungen erleben und werden im schulischen  
27 Alltag nicht als abgetrennte, besondere Gruppe wahrgenommen.

28 Die Entwicklung der letzten drei Jahre zeigt, dass die Zahl der Geflüchteten  
29 zwar rückläufig ist, sich allerdings auf einem Niveau verstetigt, das eine  
30 grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Frage ihrer Integration in das  
31 Bildungssystem notwendig macht. Willkommensklassen wird es noch eine ganze Zeit  
32 lang geben. Damit Kinder und Jugendliche möglichst schnell den Übergang in das  
33 allgemeine (Berufs-)Bildungssystem bzw. in die Arbeitswelt schaffen, gilt es die  
34 Zeit in den Willkommensklassen möglichst effizient zu nutzen und die Übergänge  
35 optimal zu gestalten. Statt einer Kette kurzfristiger Notlösungen brauchen wir  
36 daher endlich ein umfassendes Konzept, das es uns in den nächsten Jahren  
37 ermöglicht, die ankommenden Kinder sinnvoll zu beschulen, um ihnen die  
38 bestmögliche Bildung zu ermöglichen und ihre Integration zu erleichtern.

39 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dieses Thema in Berlin von Anfang an aktiv und  
40 kritisch begleitet, über Fachgespräche, Anfragen und Anträge und im Austausch



41 vor allem mit Schulleitungen, Lehrkräften, Gewerkschaften und  
42 Migrantenselbstorganisationen. Auf der Basis dieser Erfahrungen halten wir das  
43 nachfolgende Handlungspaket für erforderlich:

44 **Entwicklung eines Berliner Rahmenplans für die Beschulung neu ankommender Kinder**  
45 **in Willkommensklassen bzw. Regelklassen**

46 In Berlin wird zur Zeit an über tausend Willkommensklassen unterrichtet. Einige  
47 Schulen haben schon jahre- bis jahrzehntelange Erfahrungen mit diesen besonderen  
48 Lerngruppen gesammelt. Dennoch wurde nur für den Bereich der beruflichen Schulen  
49 ein Curriculum entwickelt, das Bausteine enthält, wie Schüler\*innen auf den  
50 Übergang in Regelklassen vorbereitet werden sollen. Ansonsten bleiben nach wie  
51 vor die jeweiligen Schulen bzw. einzelnen Lehrkräfte bei der Entwicklung  
52 eigenständiger Lehrpläne und –methoden auf sich allein gestellt, in einem teils  
53 zeitraubenden Prozess. Systematischer Wissenstransfer zwischen den Lehrkräften  
54 und Schulen findet kaum statt. Auch gibt es bisher keine Übersicht über  
55 Lehrmaterialien, die für den Unterricht genutzt werden könnten. Die Entwicklung  
56 und der Austausch von Unterrichts-Materialien, Konzepten und Curricula würde  
57 hier Synergieeffekte erzeugen, die Beschulung in Willkommensklassen  
58 professionalisieren und die Beschulung von neu ankommenden Kindern in  
59 Regelklassen (im Falle einer Aussetzung der Willkommensklassen) erleichtern.  
60 Daher schlagen wir vor:

- 61 1. Eine Bestandsaufnahme, Evaluation und Wirksamkeitsanalyse bestehender  
62 Konzepte sowie existierender Lehrmaterialien und –methoden zur Beschulung von  
63 Kindern in Willkommensklassen durch eine Fachkommission.
  - 64 2. Die Entwicklung von Richtlinien für Schulleitungen im Hinblick auf den  
65 Personaleinsatz, insbesondere über das Deutschlernen hinaus.
  - 66 3. Jugendlichen frühzeitig die Möglichkeit zur Teilnahme an vertiefter  
67 Berufsorientierung, echtem Dualen/Produktivem Lernen und Angebote von  
68 Fachunterricht (WAT) zu ermöglichen.
  - 69 4. Altersspezifisch differenzierte Standards und Bedingungen für den Übergang  
70 der Kinder und Jugendlichen in den Regelbetrieb und in Ausbildung zu  
71 beschreiben.
  - 72 5. Einen Austausch über Good Practices sowie über die zur Verfügung stehenden  
73 Unterstützungssysteme, moderiert von den regionalen Schulaufsichten zu  
74 etablieren. In pädagogischen Fachkonferenzen sollen individuelle Erfahrungen der  
75 Lehrkräfte aus der Praxis und die bisher meist selbst konzipierten  
76 Unterrichtsmaterialien und Erfahrungen des Gelingens ausgetauscht werden.
  - 77 6. Die Entwicklung eines Konzepts zur Fortsetzung der Förderung der  
78 zugewanderten Kinder und Jugendlichen auch nach dem Übergang in Regelklassen.
  - 79 7. Eine wissenschaftliche Begleitung und Fallstudien darüber, ob, wie gut und  
80 innerhalb wie langer Zeiträume die Übergänge gelingen. Wir wissen darüber viel  
81 zu wenig!
- 82 Diese Angebote und der Rahmenplan dürfen sich nicht auf den reinen Deutsch-  
83 Spracherwerb beschränken. Fragen des Bildungssystems insgesamt müssen adressiert  
84 werden, ebenso gilt es, Konzepte für den Stofferwerb in zentralen Fächern zu  
85 entwickeln sowie Hinweise und Angebote für die alltagspraktische Orientierung  
86 (wo kann man Freizeit verbringen, einkaufen gehen, wie öffentliche  
87 Verkehrsmittel nutzen usw.) zu vermitteln.

88 **Einführung einer Bildungsberatung für Familien und junge Erwachsene in**  
89 **Erstaufnahme-Einrichtungen**

90 Bildung und Bildungsabschlüsse besitzen in Deutschland einen hohen Stellenwert.  
91 Deswegen ist es wichtig, dass neu ankommende Familien und junge Erwachsene das  
92 Bildungssystem und die ihnen offen stehenden Möglichkeiten verstehen. So bauen  
93 Eltern Berührungängste ab und können ihre Kinder bestmöglich bei der  
94 Integration in das Schulsystem unterstützen. Eine entsprechende, frühzeitig  
95 einsetzende Bildungsberatung gibt es bisher nicht. Die Kinder und Jugendlichen  
96 werden von den regionalen Schulaufsichten weitestgehend nach Alter und freien  
97 Kapazitäten an die Schulen verteilt. Insbesondere werden alle Jugendlichen über  
98 16 Jahre direkt an die Oberstufenzentren geschickt. Nur für Unbegleitete  
99 Minderjährige gab es bisher eine Einzelfallprüfung, inwieweit sie vielleicht  
100 auch ein Gymnasium oder eine Hochschule besuchen könnten. Um früh den Grundstein  
101 für eine optimale Bildungskarriere neu ankommender Kinder und Jugendlicher zu  
102 legen, schlagen wir vor:

103 8. Die Einführung einer Bildungsberatung für Familien und junge Erwachsene in  
104 Erstaufnahmeeinrichtungen als Regelangebot.

105 9. Den Aufbau einer mobilen Beratungseinheit, die Schulen und/oder neu .  
106 ankommenden Familien und jungen Erwachsenen auf Anfrage weitere  
107 Beratungsangebote macht.

108 10. Eine möglichst weitgehend standardisierte und dokumentierte,, fachlich  
109 untermauerte Erhebung der vorhandenen schulischen und beruflichen Vorkenntnisse  
110 und Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen.

111 **Mehr Unterstützung und eine langfristige Perspektive für die Pädagog\*innen in**  
112 **den Willkommensklassen**

113 Die Leistung der Berliner Schulen, innerhalb kurzer Zeit über 20.000 Kinder  
114 zusätzlich in ein ohnehin ausgelastetes System aufzunehmen, ist bewundernswert  
115 und wir danken allen Lehr- und Fachkräften für diese Kraftanstrengung. Über  
116 tausend neue Lehrkräfte sind seit 2014 speziell für die Willkommensklassen  
117 eingestellt worden. Die Mehrheit dieser Pädagog\*Innen verfügt nicht über die  
118 klassische Lehramtsbefähigung. Gleichzeitig stellen sie sich der vielleicht  
119 herausforderndsten Aufgabe, die wir im Schulsystem derzeit zu bewältigen haben;  
120 mit bisher wenig bis keiner Unterstützung durch Erzieher\*innen oder  
121 Sozialarbeiter\*innen, obwohl viele der ankommenden Kinder und Jugendliche auf  
122 ihrer Flucht traumatischer Erfahrungen gemacht haben. Die Leistung der  
123 Fachkräfte in Willkommensklassen wollen wir anerkennen und ihre berufliche  
124 Situation verbessern. Daher wollen wir:

125 11. Eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive für Lehrkräfte, die zur Zeit in  
126 Willkommensklassen unterrichten. Also: keine Jahresverträge mehr und die  
127 Entwicklung von Weiterqualifizierungsangeboten, die einen Übergang in den  
128 regulären Schuldienst ermöglichen. Dies ist ob des gegenwärtigen Lehrermangels  
129 in Berlin ohnehin geboten.

130 12. Eine ausreichende Unterstützung durch Erzieher\*innen, Sozialarbeiter\*innen  
131 und Pädagogische Unterrichtshilfen in den Klassen und für den gesamten Zeitraum,  
132 in dem die Kinder noch besondere Förderung brauchen. Diese besondere Förderung  
133 darf nicht mit dem Tag des Übergangs in die Regelklassen enden!

134 13. Eine stärkere Verknüpfung des Lehrkräfteeinsatzes in Sprachlernklassen und  
135 Regelbetrieb

136 14. Deutsch als Zweitsprache (wieder) zum ordentlichen Schulfach machen.

137 15. Allen Lehrkräften und Erzieher\*innen ein einschlägiges Fortbildungsangebot  
138 unterbreiten.

### 139 **Strukturelle Unterstützung der didaktischen Arbeit durch Kulturmittler\*innen in** 140 **der Ankommensphase**

141 Neben der Vermittlung von Sprachkenntnissen und Unterrichtsinhalten ist  
142 Integration eine zentrale Aufgabe in den ersten Jahren des Ankommens von Kindern  
143 und jungen Erwachsenen. Die Kinder und Jugendlichen kommen mit sehr  
144 unterschiedlichen Erfahrungen und auf verschiedenen, oftmals traumatischen Wegen  
145 in unser hochformalisiertes, bürokratisiertes Land mit seiner freiheitlich  
146 demokratischen Grundordnung. Vieles, was für uns selbstverständlich ist, ist für  
147 die Neuankömmlinge ein Buch mit sieben Siegeln. Unterschiedliche Lern- und  
148 Arbeitskulturen, unterschiedliche Werte und Sozialisierungen rufen Fragen, aber  
149 auch Konflikte hervor, die alle am Bildungsprozess Beteiligten überfordern  
150 können. Im Schulalltag fehlt bisher leider oft nicht nur die Zeit, sondern auch  
151 das Handwerkszeug für die Bearbeitung von sprachlichen, interkulturellen oder  
152 auch interreligiösen Konflikten. Fehlendes Verstehen, gerade in der  
153 Anfangsphase, führt schnell zu gegenseitigem Misstrauen, zu Gefühlen von  
154 Hilfslosigkeit und Ausgrenztsein bzw. Überforderung, im schlimmsten Fall sogar  
155 zu Hass, Gewalt und Radikalisierung. Darum wollen wir:

156 16. Eine bessere Ausstattung von Schulen mit Willkommensklassen mit  
157 Kulturmittler\*innen, die Arbeit im Klassenverband begleiten, Elterngespräche  
158 unterstützen und die Kinder und ihre Familien auch nach dem Übergang in  
159 Regelklassen weiter begleiten und unterstützen.

160 17. Die Entwicklung von Konzepten für den Austausch zwischen Kindern in  
161 Willkommensklassen und Kindern in Regelklassen und finanzielle Unterstützung für  
162 ihre Durchführung. *Peer Education*, also das Lernen der Schüler\*innen von  
163 Gleichaltrigen, wie etwa im Konzept der Bildungsbande, ist ein zentraler  
164 Baustein für gelingende Integration.

165 18. Eine Ausweitung niedrigschwelliger Angebote zur Radikalisierungsprävention  
166 für Jugendliche und junge Erwachsene, sowie von Beratungsangeboten für  
167 Lehrkräfte. Diese Projekte sollten aktiv Schulen und Lehrkräfte ansprechen und  
168 Projekte, sowie Beratungsgespräche vor Ort anbieten.

### 169 **Verbesserung der Infrastruktur an verstetigten Willkommensklassen**

170 An vielen Schulen zeichnet sich ab, dass sie dauerhaft Willkommensklassen haben  
171 werden. Dennoch entsprechen die Rahmenbedingungen immer noch einem ad-hoc  
172 Betrieb. So werden Willkommensklassen teilweise an separaten Orten unterrichtet  
173 und es findet selbst in den Pausen kein Austausch mit anderen Schüler\*innen  
174 statt. Oder die Essensversorgung ist schwierig, da die Essensausgabe in  
175 Erstaufnahmeeinrichtungen morgens erst nach Schulbeginn anfängt und  
176 Schüler\*innen ohne Frühstück in den Tag starten. Oder es gibt keine  
177 Infrastruktur um eine Versorgung mit Mittagessen zu gewährleisten. Bei solchen  
178 Problemen wurde bisher allenfalls Flickschusterei betrieben, mit dem Verweis auf  
179 die nur kurzfristig hohe Zahl an neu ankommenden Kindern. Diese Situation gilt  
180 es nun grundlegend anzugehen. Kinder in Willkommensklassen dürfen bei allen

181 Planungen nicht immer nur nachrangig berücksichtigt werden. Daher schagen wir  
182 vor:

183 19. Eine stärkere Steuerung der Zuweisung der Sprachlerner\*innen an die Schulen  
184 und eine gerechte Verteilung über die gesamte Stadt. Die Kinder und Jugendlichen  
185 dürfen nicht von Bezirk zu Bezirk, von Sekundarschule zu OSZ oder an Orte wie  
186 die Teske-Schule hin und her bzw. weggeschoben werden.

187 20. Jugendliche ab 16 Jahren dürfen nicht mehr automatisch an Oberstufenzentren  
188 verwiesen werden. Ihr individueller Bildungsstand (aus dem Heimatland) und ihre  
189 Entwicklungsperspektiven müssen individueller betrachtet werden. Der  
190 Schüler\*innenstatus und die Orientierung auf Bildungsabschlüsse soll möglichst  
191 lang erhalten bleiben.

192 21. Die zugewanderten Kinder und Jugendlichen müssen das Recht haben, einen  
193 Schulplatz zu behalten auch bei Umzug der Familie, um den Lern- und  
194 Integrationsprozess auch auf der Beziehungsebene nicht mehrfach zu unterbrechen,  
195 so auch die Lehrkräfte zu entlasten und den Schulen die Anwendung von  
196 integrativen Konzepten zu erleichtern

197 22. Die Beschulung von Willkommensklassen auf dem Schulgelände von Regelklassen  
198 sicher zu stellen und notfalls dahingehende Baumaßnahmen zu unterstützen.

199 23. Die Essensversorgung von Kindern in Willkommensklassen durch die Anpassung  
200 der Rahmenbedingungen in Erstaufnahmeeinrichtungen zu gewährleisten und die  
201 Essensversorgung am Mittag finanziell und logistisch sicher zu stellen.

202 24. Den Aufbau eines Beratungsteams auf Landesebene, das Schulen mit  
203 Willkommensklassen bei logistischen und organisatorischen Problemen beratend zur  
204 Seite steht.

205 25. Für einen fließenden, erfolgreichen Übergang sicher zu stellen, dass die  
206 Kinder in den Willkommensklassen von Anfang an an allen Angeboten des  
207 Schullebens teilnehmen können (Schulessen, Ausflüge, Schüler\*innenvertretung  
208 etc.). Dazu müssen sie auch viel schneller als bisher Zugang zum Berlinpass  
209 bekommen.

210 26. Die Kooperation mit außerschulischen Partnern zu verstärken und Angebote im  
211 Freizeitbereich sowie in den Ferien auszubauen und finanziell abzusichern.

## 212 **Den Übergang in Ausbildung und Beruf bestmöglich gestalten**

213 In der Debatte um die Willkommensklassen standen in der öffentlichen Diskussion  
214 bisher vor allem zwei Aspekte im Vordergrund: Ob es sie überhaupt geben soll,  
215 und wie der Übergang in die sogenannten Regelklassen gelingen kann. Dabei wurde  
216 viel zu oft vergessen, zwischen unterschiedlichen Altersgruppen zu unterscheiden  
217 sowie die sehr unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen, mit denen die Kinder  
218 und Jugendlichen zu uns kommen, ausreichend in Betracht zu ziehen.

219 Dementsprechend ist auch kaum jemandem die große Zahl an Willkommensklassen an  
220 den beruflichen Schulen bewusst – derzeit rund 230 Gruppen mit über 3000  
221 Schüler\*innen in Berlin.

222 Grundsätzlich werden Jugendliche ab 16 Jahren direkt in die Willkommensklassen  
223 an den beruflichen Schulen eingeschult und sollen dort auf den Übergang in  
224 Ausbildung, Beruf oder Studium vorbereitet werden. Aber auch schon für viele 14  
225 und 15-Jährige ist ein Jahr in einer Willkommensklasse keinesfalls ausreichend,  
226 um den Übergang in Regelklassen zu schaffen. Gleiches gilt für die

227 Willkommensklassen an den beruflichen Schulen. Die Herausforderungen für ältere  
228 sind noch um Einiges schwieriger als der Übergang in die Regelklassen der  
229 Allgemeinbildung für jüngere Kinder, denn viele von ihnen bringen nicht den bei  
230 uns altersgemäßen Stand an formaler Vorbildung mit; gleichzeitig bleibt diesen  
231 älteren Jugendlichen nur wenig Zeit für den Erwerb ausreichend guter  
232 Sprachkenntnisse oder gar regulärer, formaler Bildungsabschlüsse. Ohne diese  
233 haben sie jedoch schlechte Perspektiven auf unserem Arbeitsmarkt und ihnen droht  
234 eine Karriere als prekäre, schlecht bezahlte Arbeitskraft.

235 Selbstverständlich brauchen nicht alle Geflüchteten besondere Hilfe. Und  
236 einfache Lösungen gibt es gerade am Übergang in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt  
237 nicht. Vielen der neu ankommenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen gelingt  
238 der Übergang an dieser Schwelle durch eigenes Können und hohe Motivation. Andere  
239 wiederum verdienen und benötigen aber doch besondere Begleitung und  
240 Unterstützung. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stärken das Recht auf und die  
241 Bedeutung von formaler Bildung für Geflüchtete. Um ihrer besonderen  
242 Bedürfnislage gerecht zu werden, wollen wir kreative und individuelle Wege  
243 fördern, zu Abschlüssen zu kommen und den Weg in gute Arbeit zu finden. Deshalb  
244 schlafen wir vor:

245 27. Eine gezielte Kompetenzfeststellung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen  
246 im Hinblick auf den Übergang in Ausbildung oder Beruf.

247 28. Die Jugendberufsagenturen sowie die Angebote zur Berufsorientierung und -  
248 erkundung müssen so auszubauen, dass alle geflüchteten Jugendlichen beraten  
249 werden können.

250 29. Individuelle Begleitungs- und Förderangebote für besonders förderbedürftige  
251 Jugendliche und junge Erwachsene anzubieten. Dafür hat unsere  
252 Abgeordnetenhausfraktion ein Programm vorgelegt, das folgende curriculare  
253 Elemente enthält: Orientierungsphase zur Klärung der individuellen  
254 Voraussetzungen und Interessen; Lernen in der Praxis an Lernorten in der Stadt,  
255 insbesondere in Betrieben, gesellschaftlichen und kulturellen Einrichtungen an  
256 zwei bis drei Tagen pro Woche; Lernen in der Schule an zwei bis drei Tagen in  
257 der Woche; Verbindung von Praxiserfahrung und Lernen durch Entwicklung eines  
258 individuellen kompetenzorientierten Curriculums, welches die Voraussetzungen und  
259 Ziele des/der einzelnen Lernenden berücksichtigt; regelmäßige Bildungsberatung  
260 und Vernetzung mit weiteren Unterstützungssystemen nach Bedarf.

261 30. Förder- und Begleitangebote auch für besonders Befähigte (Mentoring,  
262 Patenschaftsmodelle, Talentscout) anzubieten, um sie zu ermutigen und ihnen zu  
263 helfen, auch größere Schwellen zu überwinden.

264 31. Sprachkurse auch zusätzlich zum Unterricht zur weiteren Verbesserung des  
265 Sprachstands über B1 hinaus anzubieten.

266 32. Verstärkte Beratungs- und Unterstützungsangebote für Firmen und Betriebe,  
267 die Geflüchtete ausbilden und einstellen wollen zu etablieren. Und auch die  
268 Jugendlichen und jungen Erwachsenen müssen während einer Ausbildung weiter  
269 beraten und betreut werden sowie Zugang zu Unterstützungsleistungen wie den  
270 ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) haben

271 33. Nachqualifizierungsangeboten sowohl im berufsbildenden als auch im  
272 Hochschul-Bereich zu entwickeln. Ausbildungen müssen auch Stück für Stück formal  
273 abgeschlossen werden können; auch sollen Geflüchtete, deren Qualifikationen  
274 (nur) teilweise anerkannt werden, nicht wieder bei Null anfangen müssen.

275 Bildung ist und bleibt der wichtigste Integrationsfaktor. Wir müssen und wir  
276 dürfen nicht die Fehler wiederholen, die schon in den 90er Jahren gemacht  
277 wurden. Wir bedanken uns bei allen, die uns gerade durch Schilderung ihrer  
278 Erfahrungen aus den letzten Jahrzehnten geholfen haben, gute Konzepte und  
279 Programme auf den Weg zu bringen. Jetzt gilt es, diese umzusetzen. Alle Kinder  
280 und Jugendlichen sollen bei uns beste Bildungschancen bekommen; dafür setzen  
281 sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Berlin ein.

## **V-04** Weitere Anträge

Antragsteller\*in: Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales), Taylan Kurt (KV Mitte)

### **Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Berlin bekämpfen – differenzierte Antworten auf ein komplexes Problem**

#### **1 Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Berlin bekämpfen – differenzierte Antworten auf** **2 ein komplexes Problem**

3 Niemand wird auf der Straße geboren, aber jeder Mensch kann auf der Straße  
4 landen.

5 Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit<sup>[1]</sup> kann viele von uns treffen. Zunehmend mehr  
6 trifft es Menschen aus der „Mitte“ der Gesellschaft jeglicher Herkunft: Junge  
7 Heranwachsende, Familien, Rentner\*innen nach einem langen Arbeitsleben und  
8 Frauen; hinzukommen verschuldete Menschen, Menschen nach Trennung / Scheidung,  
9 Suchtmittelabhängige, Psychisch Kranke, Pflegebedürftige, Menschen mit  
10 Behinderungen und EU-Bürger\*innen. Sie verlieren z.B. ihre Wohnung, weil die  
11 Mieten in Berlin durch die Decke gehen oder nicht vom Jobcenter übernommen  
12 werden, weil viele Menschen trotz Arbeit arm sind, sie in der Krise sind und  
13 „abtauchen“ und ihre Post schon länger nicht mehr öffnen, Hilfsangebote nicht  
14 kennen oder sich schämen, diese in Anspruch zu nehmen.

15 Bis auf wenige Aussteiger\*innen ist kaum jemand freiwillig obdachlos. Wir haben  
16 hier einen gesetzlichen und gesellschaftlichen Auftrag, diesen Menschen zu  
17 helfen.

18 Besonders in den Innenstadtbezirken ist die Situation obdachloser Menschen  
19 unübersehbar. Immer mehr Menschen campieren in Grünanlagen, unter Brücken, in  
20 Hauseingängen oder schlafen neben Geldautomaten in Bankfilialen. Dies ist ein  
21 unhaltbarer Zustand. Ihre Bedarfe und die Problemlagen erweisen sich in  
22 einzelnen Stadtteilen als sehr differenziert. Seit Jahren steigt ihre Anzahl  
23 rapide an und liegt mittlerweile bei geschätzt bis zu 10.000 Obdachlosen. Zu  
24 lange haben Vorgängerregierungen den Mangel verwaltet und sich davor gedrückt,  
25 nachhaltige Lösungen gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu entwickeln.

26 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertritt eine emanzipative und solidarische Sozialpolitik.  
27 Mit unserem Grundsatzprogramm haben wir uns dazu verpflichtet, dass wir „eine  
28 politische Kultur der Solidarität entwickeln wollen, in der Respekt, Toleranz  
29 und Hilfe sowie das Engagement für die Schwächsten selbstverständlich ist. [...] Vorrangiges Ziel unserer Politik ist es, Armut und soziale Ausgrenzung zu  
30 vermeiden und die soziale Lage der am schlechtesten Gestellten zu verbessern.“  
31 Diese Grundsätze müssen sich nicht nur im politischen Tagesgeschäft bewähren,  
32 sondern gerade dann, wenn sozialpolitisches Handeln und sozialpolitische  
33 Verantwortung durch besondere Umstände und Problemlagen herausgefordert werden.  
34

35 Wir erwarten Differenzierung in der öffentlichen Debatte und haben den Anspruch  
36 auch als Partei differenzierte Antworten zu geben und Lösungen anzubieten, die  
37 mit unseren Grundüberzeugungen im Einklang stehen. Populistische und  
38 alarmistische Aussagen wie die Forderung nach Abschiebungen von  
39 Unionsbürger\*innen sind für uns keine Lösung.

40 Mit dem kommenden Doppelhaushalt 2018/2019 investieren wir mehr in den Kampf  
41 gegen Obdachlosigkeit als jemals zuvor. Gleichzeitig ist klar, dass der Bedarf  
42 an niedrigschwelligen und zielgruppenspezifischen Angeboten, ob für Ältere,  
43 psychisch Kranke, Drogen- und Alkoholabhängige, Familien oder wohnungs- und  
44 obdachlose Unionsbürger\*innen weiter hoch ist. Es braucht daher mehr Tempo bei  
45 der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von  
46 Wohnungs- und Obdachlosigkeit durch die zuständige Senatsverwaltung. So gibt es  
47 nach wie vor weder eine Wohnungs- und Obdachlosenstatistik als Teil einer  
48 integrierten Armuts- und Sozialberichterstattung, noch überarbeitete Leitlinien  
49 der Wohnungslosenpolitik, die die Grundlage für eine gesamtstädtische  
50 ressortübergreifende (z.B. Wohnen, Gesundheit und Pflege, Soziales, Jugend und  
51 Familie, Finanzen) Strategie zur Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit in  
52 Berlin sein müssen. Nur auf dieser Grundlage ist es möglich, passgenaue und  
53 bedarfsorientierte Lösungen für die vielfältigen Bedarfe zu entwickeln bzw.  
54 vorhandene Angebote auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Die politischen Ziele,  
55 die in der rot-rot-grünen Koalitionsvereinbarung festgeschrieben wurden, müssen  
56 schnellstmöglich umgesetzt werden.

57 Der beste Weg Obdachlosigkeit zu bekämpfen ist Wohnungslosigkeit erst gar nicht  
58 entstehen zu lassen. Hilfen für von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen werden  
59 durch unzählige Ämter nebeneinander angeboten. Ermessensspielräume der Jobcenter  
60 bei der Übernahme von Miet- und Energieschulden werden zugunsten der Betroffenen  
61 nicht genutzt. Auch kommen nicht die Hilfen zu den Betroffenen; deshalb brauchen  
62 wir aufsuchende Sozialarbeit.

63 Daher wollen wir Hilfen „aus einer Hand“ mit ressortübergreifenden personell gut  
64 ausgestatteten Fachstellen in Anlehnung an das „Karlsruher Modell“ in den  
65 Bezirken. Hier sollen alle relevanten Stellen (Sozialämter, Jobcenter,  
66 Jugendämter, Gesundheitsämter, bezirkliche Schuldner\*innenberatungen,  
67 geschütztes Marktsegment) koordiniert arbeiten.

68 Seit Jahren werden Wohnungslose lediglich „verwahrt“. Wir wollen durch  
69 weitergehende Qualitätsstandards, durch Beratung und Begleitung, einem  
70 obligatorischen Clearing, der Bevorzugung gemeinnütziger BetreiberInnen und der  
71 Errichtung von Bewohner\*innenbeiräten die Situation in den Unterkünften  
72 verbessern. Ebenso unterstützen wir innovative Konzepte und sehen im Housing-  
73 First-Ansatz ein Modell, mit dem insbesondere obdachlose Frauen besser  
74 unterstützt werden können. Wer auf der Straße lebt und keinen Zugang zu  
75 sanitären Einrichtungen und einer medizinischen Versorgung hat, wird krank und  
76 dessen Lebenserwartung sinkt rapide. Daher brauchen wir ein niedrigschwelliges  
77 Angebot zur gesundheitlichen Versorgung und ein mobiles Hygieneangebot (Duschen  
78 auf Rädern). Für eine nachhaltige Bekämpfung der Wohnungslosigkeit brauchen wir  
79 dringend ausreichend bezahlbaren Wohnraum.

80 Die aktuelle Situation Obdachloser spiegelt nicht nur die sich verschärfende  
81 Armut in Berlin, sondern unzweifelhaft auch das soziale Gefälle in Europa  
82 wieder. Für eine nachhaltige Armutsbekämpfung brauchen wir eine europäische  
83 Sozialpolitik. Darum brauchen wir eine bessere und europäisch geregelte soziale  
84 Absicherung der Freizügigkeit, um die regionalen Unterschiede in den  
85 Lebensverhältnissen langfristig wirksam zu bekämpfen. Hierfür sind eine stärkere  
86 Koordinierung und europäische Standards im Bereich der sozialen Sicherung und im  
87 Bereich des Arbeitsmarktes unerlässlich. Wir sehen uns als Berliner Grüne in der  
88 Pflicht, diesen Menschen in ihrer Notsituation konkret zu helfen. Dafür wollen  
89 wir die aufsuchende Sozialarbeit weiter stärken. Klar ist aber, dass wir die



90 Menschen so schnell wie möglich in etablierte, funktionierende Hilfestrukturen  
91 überführen müssen.

92 Wir müssen in der Lage sein jeweils einzeln für jeden Menschen festzustellen,  
93 welche Ansprüche auf Sozialleistungen bestehen und welche Strukturen genutzt  
94 werden können. Um dies zu leisten wollen wir eine aus Landesmitteln finanzierte  
95 Clearingstelle für Unionsbürger\*innen einrichten. Hier sollen Sprach- und  
96 Beratungskompetenzen gebündelt werden.

97 Die Große Koalition hat Ende vergangenen Jahres den Zugang von  
98 Unionsbürger\*innen zu Sozialleistungen drastisch eingeschränkt und sie, wenn sie  
99 noch nicht ausreichend lange in Deutschland einer Erwerbstätigkeit nachgegangen  
100 sind, pauschal für die ersten fünf Jahre von Grundsicherungsleistungen und  
101 grundsätzlich auch von Sozialhilfe ausgeschlossen. Unsere grüne  
102 Bundestagsfraktion hat dies scharf kritisiert. Der Bund schleicht sich aus der  
103 Verantwortung und drängt Menschen in Notlagen. Viel sinnvoller wäre es, klar zu  
104 definieren, dass Unionsbürger\*innen nach drei Monaten Zugang zu Leistungen aus  
105 dem SGB II und dem SGB III erhalten können, wenn sie eine Verbindung zum  
106 hiesigen Arbeitsmarkt aufgebaut haben und aktiv nach Arbeit suchen – sowohl  
107 finanziell wie auch bei Beratung, Qualifikation und Vermittlung. Dies bedeutet  
108 keine bedingungslose Öffnung der deutschen Sozialsysteme, aber zeigt gangbare  
109 Wege auf, Menschen Unterstützung zu geben und Kommunen mit den Aufgaben nicht  
110 allein zu lassen.

111 Wir sind uns bewusst, dass dieser Weg in einer Zeit, in der Deutschland und  
112 Europa nach rechts rücken, nicht auf schnellen Applaus hoffen kann. Wir zweifeln  
113 aber keine Sekunde daran, dass dieser Weg der richtige ist. Wir lassen uns nicht  
114 dazu treiben Probleme auf dem Rücken der Schwächsten auszutragen. Wir helfen  
115 Menschen vor Ort mit allen Mitteln, die wir haben. Und wir reißen die  
116 Freizügigkeit in Europa nicht aus Angst vor rechtem Populismus nieder, sondern  
117 richten klare Forderungen an den Bund und kämpfen für ein sozialeres Europa.

118 [1]Obdachlosigkeit: „Als obdachlos gelten Menschen, die auf der Straße leben, an  
119 öffentlichen Plätzen wohnen, ohne eine Unterkunft, die sich in Verschlagen,  
120 Parks oder unter Brücken etc. aufhalten. Obdachlos sind aber auch Menschen in  
121 Notunterkünften, die keinen festen Wohnsitz haben und in Wärmestuben,  
122 Notschlafstellen oder anderen niedrighschwelligen Einrichtungen übernachten.“  
123 (BAG Wohnungslosenhilfe)

124 Wohnungslosigkeit: „Als wohnungslos gelten Menschen, die in Einrichtungen  
125 wohnen, in denen die Aufenthaltsdauer begrenzt ist und in denen keine  
126 Dauerwohnplätze zur Verfügung stehen, wie z.B. Übergangwohnheime, Asyle und  
127 Herbergen, aber auch Übergangswohnungen. Auch Frauen und Kinder, die wegen  
128 häuslicher Gewalt ihre Wohnung verlassen haben und kurz- bis mittelfristig in  
129 einer Schutz Einrichtung beherbergt sind, wie z.B. in Frauenhäusern, sind  
130 wohnungslos (...“ (BAG Wohnungslosenhilfe)